

Soll der Übertritt in die Sekundarstufe allein auf Noten basieren? Nein, findet der Landrat

Bildungsdebatte im Baselbiet SVP-Landrätin Anita Biedert wollte das Übertrittsverfahren «objektiver» machen. Sie fand wenig Unterstützung.

Nic Engel

Es war ein Fall, der bis heute Wellen wirft: 2023 wurde eine Primarschülerin aus Liestal von ihrem Klassenlehrer ins Niveau A eingeteilt – trotz eines Notenschnitts von 5,0. Damit hätte sie sich längst für den Leistungszug E qualifiziert. Ausschlaggebend für die schlechtere Einteilung war die Bewertung ihres Arbeits-, Lern- und Sozialverhaltens. Übertritte in die Sekundarschule bestimmen nicht nur die Noten, sondern auch die Beurteilung der individuellen Entwicklung.

Eine Motion von Anita Biedert (SVP) forderte daraufhin die Einführung einer schriftlichen Begründung und des Vieraugenprinzips, wenn Notenschnitt und individuelle Beurteilung weit auseinanderliegen. Damit hatte sie Erfolg: Der Landrat segnete den Vorschlag letzten November ab, und das Verfahren gehört zum heutigen System.

Doch offenbar reichte das Biedert nicht. In einem neuen Vorstoss forderte sie erneut eine Überarbeitung des Übertrittsystems. Die individuelle Bewertung durch die Lehrperson sollte nun ganz wegfallen. Allein massgebend sollten nur noch die Noten der letzten beiden Primarschulzeugnisse sowie Übertrittsprüfungen in den beiden Kernfächern Deutsch und Mathematik sein.

Mehrheit gegen Übertrittsprüfungen

«Noten sind objektiv, die Beurteilung der individuellen Entwicklung ist es nicht», sagte Biedert in der Landratssitzung von gestern. Ebenso könne mit ihrem Vorschlag Druck von Lehrpersonen genommen werden – denn fordernde Eltern seien für Lehrer ein grosser Stressfaktor. Und schliesslich stellte sie klar: «Wir leben in einer Leistungsgesellschaft. Je früher Kinder darauf vorbereitet werden, desto besser.»

Mit dieser Argumentation stiess sie aber weitestgehend auf Ablehnung – und zwar in allen



Landrätin und Primarlehrerin Anita Biedert forderte eine Änderung der Übertritte von der Primar- in die Sekundarstufe. Archivfoto: Luica Hunziker

Fraktionen. SP-Landrat Ernst Schürch sagte, das aktuelle Verfahren existiere seit Jahrzehnten und habe sich bewährt. «Wenn Eltern mit dem Entscheid der Lehrperson nicht einverstanden sind, können sie ihr Kind für die Übertrittsprüfung anmelden.»

In den letzten beiden Jahren seien jeweils zwischen 2800 und 2900 Schülerinnen und Schüler von der Primar- in die Sekundarstufe übergetreten. «Davon haben rund 190 Kinder die Übertrittsprüfung absolviert.» Das seien nur circa 6,5 Prozent aller Kinder. Mehr als 93 Prozent aller Eltern hätten demnach kein Pro-

blem mit dem Entscheid der Klassenlehrpersonen. Schürch warf Biedert vor, aufgrund von Einzelfällen zu argumentieren.

Das Geschäft mit der Nachhilfe

Beatrix von Sury (Mitte) verwies darauf, dass gerade die Berücksichtigung der individuellen Entwicklung von Bedeutung sei. «Es kann familiäre Gründe geben, wenn Kinder plötzlich schlechtere Noten schreiben. Etwa, wenn sich die Eltern trennen oder es einen Todesfall gibt.» In solchen Fällen sei es wichtig, nicht nur auf die Noten zu schauen.

Der Freisinnige Alain Bai klang fast schon wie ein Linker, als er sagte, Kinder im Primarschulalter dürften nicht zu früh dem Leistungsdruck ausgesetzt werden: «Bereits heute sind Kinder gestresst und brauchen zusätzliche Förderung.» Ebenso bemängelte er – und hier war er schon wieder bürgerlicher –, dass eine Übertrittsprüfung noch mehr Bürokratie mit sich bringe.

Mehrfach wurde zudem das Argument geäussert, Übertrittsprüfungen produzierten eine veritable Nachhilfeindustrie. Diese käme vor allem Kindern zugute, deren Eltern finanziell besser si-

tuiert seien. «Der Kanton Aargau hat die Übertrittsprüfungen wieder abgeschafft», sagte Bildungsdirektorin Monica Gschwind (FDP), «auch um die Schule durchlässiger zu machen.»

Druck auf Lehrpersonen in Primarschulen gross

Einzelne Parlamentarier unterstützten hingegen Biederts Vorstoss. Mitte-Landrat Marc Scherrer meinte, der Druck von Eltern auf die Lehrpersonen sei gross. «Das jetzige System mit Vieraugenprinzip ist zudem aufwendig.» Auffällig sei zudem, dass im Baselbiet viel mehr Kinder in das

«Wir leben in einer Leistungsgesellschaft. Je früher Kinder darauf vorbereitet werden, desto besser.»

Anita Biedert

Niveau E und P eingeteilt würden als in anderen Kantonen – in Zürich seien es nur 65 Prozent.

Im Gegensatz zur grossen Mehrheit der Linken war Gzim Hasanaj (Grüne) für Biederts Postulat. Er bestritt, dass es sich um Einzelfälle handle, denn dafür höre er von zu vielen Vorkommnissen. Ebenso sagte er, Schulleitungen unterstützten ihre Lehrer bei schriftlichen Begründungen. «Für Schulkinder gibt es kein «in dubio pro reo» – sie werden einfach in die schlechtere Stufe geschickt.»

Trotz dieser Voten: Der Landrat versenkte Biederts Vorstoss mit 51 Nein- zu 21 Ja-Stimmen.